

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1878

19.3.1878 (No. 66)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 19. März.

№ 66.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1878.

Auf das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter des Deutschen Reiches und der Schweiz, sowie unsere H. H. Agenten fortwährend Bestellungen an. Preis im Großherzogthum Baden vierteljährlich 3 Mark 65 Pfennig.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Telegramme.

† Berlin, 17. März. Auch die „National-Zeitung“ meldet, daß der Papst Sr. Maj. dem Kaiser in einem Antrittschreiben die Bestätigung des päpstlichen Stuhles mitgeteilt habe. Eine authentische Bestätigung der Nachricht fehlt noch. Die „National-Zeitung“ gibt ihre übrigens gut beglaubigte Mitteilung unter aller Reserve.

† Wien, 17. März. Die „Montagsrevue“ bezeichnet die Nachrichten über eine Mission des Prinzen Alexander von Hessen und Peter von Oldenburg an den Wiener Hof als wüßige Kombinationen und sagt ferner, daß die von England erhobenen formalen Schwierigkeiten durch die bevorstehende Friedenspublikation beseitigt seien. Die „Montagsrevue“ erklärt neuerdings: von Handelsvertrags-Verhandlungen mit Deutschland könne vor dem Inkrafttreten des autonomen Zolltarifs keine Rede sein.

† Versailles, 16. März. Die Kammer hat mit 231 gegen 100 Stimmen die Mittel zum Ankauf der sekundären Eisenbahnen bewilligt. Nach dem betreffenden Gesetzentwurf sollen Proz. amortisierbare, je nach dem Bedürfnisse zu emittierende Renten bis zu 500 Millionen kreuzt werden.

† Bukarest, 16. März. Den Kammern ist ein Gesetzentwurf vorgelegt über Errichtung eines neuen Ministeriums, welches die Verwaltung der Domänen und der Landwirtschaft zu übernehmen hätte; das Ministerium der öffentlichen Arbeiten soll in ein Ministerium für Straßen und Kommunikationen umgewandelt werden, welchem die Leitung der Eisenbahnen, Posten und Telegraphen obliegt. — Die Senatoren und Deputirten hielten gestern eine außerparlamentarische Sitzung, in welcher Seitens der Regierung die Schwierigkeiten der Lage Rumäniens im Fall eines europäischen Krieges dargelegt wurden.

† Athen, 16. März. Der ehemalige Präsident der nordamerikanischen Union, General Grant, ist von Athen abgereist, um sich nach Neapel zu begeben. Vor seiner Abfahrt wurde ihm noch eine enthusiastische Ovation dargebracht; auf die hierbei von Delhannis gehaltene Ansprache erwiderte der General: er werde immer große Achtung für das griechische Volk und den König fühlen, und sei mehr als je davon überzeugt, daß Griechenland eine hervorragende Stellung unter den Nationen einzunehmen vermöge.

† New-York, 15. März. Die Kommission des Repräsentantenhauses zur Vorbereitung der Bankfrage genehmigte den Bericht zu Gunsten der Bill, durch welche die Ermächtigung erteilt wird zur Ausgabe von Certifikaten auf Silberbarren, die legales Zahlungsmittel für alle Staatsschulden sein werden.

× Wien, 16. März. Die „Polit. Korresp.“ meldet aus Athen: In Folge der Ausschreitungen der irregulären türkischen Truppen flüchteten sich 32 christliche Familien in Trusina auf griechisches Gebiet. — Dieselbe Korrespondenz berichtet aus Bukarest: Rumänien bereitet die Auslieferung der türkischen Gefangenen vor und verhandelt ferner mit den russischen Behörden wegen der für die Benutzung der Post, Telegraphen und Eisenbahnen schuldigen Summen, sowie wegen Entschädigung der rumänischen Grundbesitzer.

× London, 17. März. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Konstantinopel: In Folge der neuerdings herrschenden Gährung und des Anschlagens auf russischer Plakate wurden militärische Vorkehrungen, namentlich Patrouillen-gänge, bei Tag und bei Nacht angeordnet. Man erwartet die Truppen, die in Schumla und Barna standen, sowie 16,000 Mann Ägypter.

× St. Petersburg, 16. März. Der Kaiser empfing heute Keuf Pascha. Fürst Gortschakoff erwiderte bereits gestern den Besuch Keuf Pascha's. Der Austausch der Ratifikationen des Friedensvertrages wird wahrscheinlich morgen erfolgen.

× St. Petersburg, 16. März. Die Okkupation und Delimitation der Bulgarei wird in englischen und österreichischen Organen als eine Angelegenheit behandelt, welche durch geringere Ehrlichkeit oder verminderten Drang nach Einfluß von Seiten Russlands zu einer minder schwierigen Frage für den Kongreß gemacht werden könnte. Dieser Ansicht gegenüber wird hier in informierten Kreisen auf die faktischen Zustände in Bulgarien verwiesen. Die Elemente dort sind so locker, daß man beschränken muß, die russische Evaluation würde nur ein Chaos, und zwar ein blutiges zur Folge

haben. Für Rußland ist die Okkupation kein Vortheil, sondern eine Last. Es gibt aber Lasten, deren sich eine Macht nur auf konvenable Weise entledigen kann.

× St. Petersburg, 17. März. Die Ratifikationsurkunden wurden heute ausgewechselt; der Friedensvertrag wird publizirt, sobald er den Großmächten mitgeteilt ist. Keuf Pascha kehrt sofort nach Konstantinopel zurück. Für die allmähliche Rückkehr der Armee werden Vorbereitungen getroffen; die Gardes setzen sich zuerst in Bewegung und beziehen einige Zeit Ruhequartiere bei Kiew. Die „Agence Russe“ erklärt die Nachricht, Rußland opponire der Vertretung Griechenlands auf dem Kongresse, für unrichtig und bestätigt, daß, da der Kongreß nur aus Vertretern der Großmächte bestehen könne, Staaten zweiten Ranges und sonstige Interessenten nur betreffs der sie angehenden Fragen durch Delegirte vertreten werden dürfen.

× St. Petersburg, 17. März. Das Journal „Golos“ erfährt, daß der Petersburger Magistrat auf Befehl des Ministers des Innern zur Aufstellung von Listen solcher Personen geschritten sei, welche sich dazu eignen, Stellen als Offiziere in der Miliz zu bekleiden, falls diese aufgegeben wird.

Krieg und Friede.

Berlin, 17. März. (Fr. Z.) Die „Nationalzeitung“ meldet aus Wien, daß die Verhandlungen zwischen Rußland und England, von welchen der Zusammentritt des Kongresses und die Einladungen der deutschen Regierung abhängen, noch immer resultatlos sind. Für den Fall, daß die Verhandlungen zwischen England und Oesterreich wegen gemeinsamen Vorgehens zu Stande kommen, wird in Wien eine Personalkrise in Aussicht gestellt.

Wien, 16. März. (Fr. Z.) Aus Petersburg ist offiziell gemeldet worden, daß der Kurier mit dem Friedensvertrag in Wien am Dienstag anlangen werde. In der gestrigen Sitzung des österreichischen Budgetausschusses, welcher den 60-Millionen-Kredit mit einer Stimme Majorität bewilligte, erklärten die meisten Gegner der Forderung ausdrücklich, sie hätten zum Grafen Andrássy Vertrauen, hielten jedoch den Kredit für überflüssig, weil, wenn Oesterreichs Interessen thätiglich gefährdet, noch immer Zeit genug sei, außerordentliche Maßregeln zu ergreifen.

London, 16. März. (Kln. Z.) Ein Berliner Telegramm der „Pall Mall Gazette“ meldet: Die Mächte bezeichnen je zwei Bevollmächtigte für den Kongreß, und zwar Deutschland den Fürsten Bismarck und falls dieser verhindert sein sollte, v. Bülow und den Legationsrath Busch; Oesterreich den Grafen Andrássy und Frhn. v. Calice; Rußland den Fürsten Gortschakoff und falls dieser verhindert, den General Ignatieff und den Fürsten Labanow-Rostowski, den früheren Gesandten in Konstantinopel; Frankreich den Minister Waddington und den Grafen Saint-Vallier; England Lord Lyons und Lord Odo Russell; die Türkei Siewet Pascha und Saadullah Bey; Italien vor der Ministerkrise Depretis und de Launay. — Der „Globe“ meldet: Die Admiralität ordnete den Bau eines Torpedo-Widderschiffs von ganz neuer Konstruktion an, wie dasselbe früher von Ward Hunt beschrieben worden war.

* London, 16. März. Die „Morning Post“ schreibt: Es ist weder richtig, daß Rußland den Vorschlag auf Zulassung Griechenlands zum Kongreß angenommen habe, noch ist die Meldung korrekt, daß es dies verweigert habe. Was es anzunehmen geneigt ist, besteht darin, daß Griechenland einen Delegirten senden sollte, der nur eine beratende Stimme haben würde.

Berlin, 16. März. (Kln. Z.) Am 21. d. M. werden die russischen Gardes und Grenadiere in Bulgaree eingeschifft werden, um sich nach Kiew zu begeben und daselbst eine Reserve-Armee zu bilden. Der Grund für diese Maßregeln dürfte klar sein. — 14 russische Gouverneure und 14 bulgarische Untergouverneure wurden für die Bulgaree ernannt. Tironowa zahlte eine Abgabe von 200,000 Rubeln an die Russen; die andern Städte werden ebenfalls eine Kontribution zahlen.

Deutschland.

β Berlin, 16. März. Das Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers wird nunmehr unmittelbar publizirt werden. Alsdann soll dem Bundesrath und demnächst dem Reichstag ein Nachtrag zum Reichshaushalt wegen Organisation eines Reichsschatz-Amtes vorgelegt werden. Erst auf Grund der erfolgten Genehmigung des neuen Amtes werden sodann die betreffenden Personalfragen im Zusammenhang mit den anderweitig schwebenden derartigen Fragen zur Lösung kommen. Man wird wohl thun, die vorläufigen Gerüchte darüber mit Vorsicht aufzunehmen. Inzwischen finden innerhalb der preussischen Staatsregierung fortgesetzt die eingehendsten Erwägungen in Bezug auf die dem Reichstag vorliegenden Steuerprojekte, namentlich dasjenige der Tabaksteuer statt. Es herrscht nach wie vor der entschiedene und lebhafteste Wunsch, daß es in dieser Session, wenn auch nicht zu einem legislatorischen Abschluß, so doch zu einer Verständigung über den technisch richtigen Weg kommen möge, welchen die Steuererhebung zu gehen haben wird. Man ist bestrebt, dem Reichstage noch weitere positive Unterlagen zu gewähren, um zu einem bestimmten Urtheil über die verschiedenen Steuerformen gelangen zu können. Darauf vor Allem haben sich auch die mehrfachen neueren Besprechungen innerhalb der Staatsregierung bezogen.

Der Minister Friedenthal hat gestern ein großes parlamentarisches Diner, namentlich den Mitgliedern des Herrenhauses, gegeben, zu welchem die Einladungen schon vor seiner Erkrankung ergangen waren. Der Minister nimmt übrigens seit einigen Tagen wieder die Vorträge der Räte in seiner Wohnung entgegen.

Hofrath Max Maria v. Weber wird am 6. April seine hiesige Thätigkeit antreten.

Auf die Tagesordnung am 29. April in Berlin zusammenzutretenden techn. Kommission für See-Schiffahrt ist außer den bereits genannten Gegenständen noch der folgende gesetzt worden: Das Verfahren bei Beurkundungen von Geburts- und Sterbefällen auf Seeschiffen.

Durch eine am 5. d. in Rom ausgewechselte Deklaration ist der gegenwärtig in Kraft stehende Handels- und Schifffahrts-Vertrag zwischen Großbritannien und Italien vom 6. August 1863 bis Ende dieses Jahres verlängert worden.

† Berlin, 16. März. Das Herrenhaus nahm die noch übrigen Artikel des Gerichtsverfassungsgesetzes unverändert nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses an, den § 95, die zukünftige Stellung der jetzigen Mitglieder der Obergerichtspräsidenten betreuend, in einer von den Kommissionsanträgen wesentlich abweichenden Fassung, nachdem Justizminister Leonhardt lebhaft für den bezüglichen Beschluß des Abgeordnetenhauses eingetreten war. Das ganze Gesetz wurde in namentlicher Abstimmung mit 85 gegen 5 Stimmen genehmigt.

† Berlin, 16. März. Das Abgeordnetenhaus nahm in dritter Lesung das Forstdiebstahls-Gesetz mit unbedeutenden Änderungen wesentlich nach den Beschlüssen der zweiten Lesung an und genehmigte ebenso in dritter Lesung die evangelische Kirchenverfassung für Schleswig-Holstein und Wiedbaden. Außerdem erledigte das Haus Petitionen.

Berlin, 16. März. Der „Allg. Ztg.“ wird von hier telegraphirt: Der Rücktritt des Finanzministers Camphausen steht anscheinend noch vor dem Wiederbeginn der Reichstags-Arbeiten in Aussicht. Als Nachfolger desselben wird jetzt der General-Steuerdirektor Burghart genannt.

Berlin, 16. März. (K. Z.) Aus guter Quelle wird bestätigt, daß die Kongressaussichten wesentlich günstig stehen. In Petersburg soll man den Kongreß als gesichert betrachten, ihn auch sehr wünschen und begehren England gegenüber zu gewissen Zugeständnissen sich bereit gezeigt haben. Die letzten Eröffnungen Russlands wären in London gut aufgenommen worden. — Der Wunsch Spaniens, in Berlin eine Botschaft zu errichten, soll noch mit anderen Kombinationen zusammenhängen, namentlich wegen der Besetzung des Postens in Wien. Die Bestimmung, falls sie sich verwirklicht, würde aber selbstverständlich dem Beschlusse der spanischen Kammern untergeordnet bleiben, die sich übrigens bei anderen Gelegenheiten gegen einseitige Botschaften ohne Gegenseitigkeit ausgesprochen haben.

β Berlin, 17. März. In hiesigen politischen Kreisen befestigt sich die Meinung, daß Graf Stolberg zum Stellvertreter des Reichskanzlers für die Zentralleitung der Geschäfte ausersehen sei. Schon früher bezeichnete man ihn wiederholt als den eventuellen Amtsnachfolger des Fürsten Bismarck. Neuerdings verlanget mit wachsender Bestimmtheit: Graf Stolberg solle als Minister ohne Portefeuille zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums und gleichzeitig zum Vizelanzler des Deutschen Reiches ernannt werden. Feste Entscheidungen sind aber, wie uns versichert wird, in dieser Beziehung noch nicht getroffen. Dagegen unterliegt der baldige Rücktritt des jetzigen Vize-Ministerpräsidenten, Finanzministers Camphausen, keinem Zweifel mehr. Die neuliche Meldung, daß Minister Camphausen durch die Erörterungen in der am 11. d. M. abgehaltenen Sitzung des Staatsministeriums wesentlich dazu bestimmt worden sei, dringend die Annahme seines Entlassungsgesuches zu wünschen, hat von anderer Seite Widerspruch erfahren, und zwar mit dem Bemerkten: gewisse parlamentarische Anzeichen hätten dem Finanzminister die Möglichkeit seines Verbleibens im Amte in Frage gestellt und denselben zu dem Entschlusse gebracht, um eine beschleunigte Entscheidung über sein Rücktrittsgesuch zu bitten. In Wirklichkeit aber stehen beide Angaben keineswegs in einem absoluten Gegensatz zu einander. Als Thatsache wird es verbürgt, daß Hr. Camphausen zuerst in dem erwähnten Ministerrath und dann in seiner gleich darauf folgenden Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser ganz bestimmt den Rücktrittsentwurf ausgesprochen hat. Daneben liegt die Annahme sehr nahe, daß in dem Ministerrath eben auch die parlamentarische Situation

zur Erörterung gekommen sei und mit ihren für das Verbleiben des Hrn. Camphausen ungünstigen Ansichten denselben zu dem festen Entschlusse geführt habe, aus seiner Stellung auszuschiden. In Betreff der Wiederbesetzung des Finanzministeriums gilt ganz vorwiegend die Berufung eines erfahrenen Fachmannes als wahrscheinlich. Von mehreren Seiten nennt man den Generaldirektor für die indirekten Steuern, Wirtl. Geh. Ober-Finanzrath Burghart, mit zunehmender Gewissheit als den für dies Amt auszuwählenden Kandidaten. Der neue preussische Finanzminister würde dann auch die Leitung des zu bildenden Reichs-Finanzamtes (oder Schatzamtes) erhalten.

14. Leipzig, 15. März. (Aus der Rechtsprechung des Reichs-Oberhandelsgerichts.) Ein norddeutscher Cavalier hatte von einem süddeutschen Bankhause gegen vier Solawechsel 133,000 M. entliehen. Die Wechsel waren an die Ordre des Bankhauses von dem Cavalier ausgestellt und trugen den Vermerk: zahlbar bei Hrn. N. N. in Y (einer badiſchen Stadt). Sämmtliche Wechsel waren indofirt, wurden aber nicht bei dem Domizilanten Mangels Zahlung protestirt. Die badiſchen Vorbergerichte hatten zunächst über Zuständigkeit in der Richtung zu entscheiden, ob dem Mitgliede der apamagirten Linie eines souveränen Hauses das Recht der Extraterritorialität zustehe, was verneint wurde und für die dritte Instanz als rechtskräftig erledigt galt.

Die erhobene Wechselklage wurde als in Rechten nicht stehend von allen Instanzen abgewiesen, weil das Wechselrecht auch gegen den Aussteller des Wechsels und gegen den Acceptanten verloren geht, wenn nicht bei dem benannten Domizilanten der Protest Mangels Zahlung erhoben wird. Dies scheint freilich den Kaufleuten eine nutzlose Förmlichkeit, sofern zur Verfallzeit der Domizilant Wechselinhaber ist. Allein das Gesetz unterscheidet diesen Fall nicht und muß daher auch auf ihn angewendet werden.

Dem Versicherten war sein Policendokument abhandeln gekommen, weshalb er bei seinem eigenen Gerichte die Amortisation dieser Urkunde erwirkte. Nunmehr forderte er von der Versicherungsgesellschaft die Ausstellung einer neuen Police. Die Gesellschaft wendete dagegen ein, sie sei nach ihrem Landesrecht durch jene ausländische Entscheidung nicht gegen Ansprüche aus der alten Police gesichert, weil dieselbe auf den Inhaber laute. Der Einwand ist um deswillen verworfen worden, weil die Gesellschaft sich in den Policebedingungen für alle Streitigkeiten mit den Versicherungsnehmern sich für diese kompetenten Gerichten des Domizils unterworfen hat.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 15. März. Zwischen der Forderung Englands, daß noch vor der Kongreßöffnung Rußland den ganzen Friedensvertrag bekannt zu geben habe, und der Erklärung Rußlands, daß es zur Vorlage des Vertrags allerdings bereit sei, dieselbe aber nur dem Kongreß selbst und nicht den einzelnen Mächten schulden könne, ist dem Vernehmen nach bereits ein Mittelweg gefunden. England gibt sich mit der Erklärung Rußlands zufrieden — der Kongreß ist also gesichert —, fügt aber seiner beifälligen Aeußerung bestimmt hinzu, daß es in demselben Augenblicke, wo Rußland seine Zusage einzulösen zögere, aus dem Kongreß wieder auscheiden werde.

Wien, 16. März. Von 21 Mitgliedern des österreichischen Budgetausschusses der Delegation stimmten 11 für den Kredit, 9 dagegen. Herbst, um das Gewicht seines persönlichen Einflusses auf keine Seite zu legen, enthielt sich der ersten Abstimmung. Niemand wußte bis dahin bestimmt, ob Herbst für oder gegen die Bewilligung sei. Als aber Sturm Namens der Minderheit einen Antrag gegen die Kreditbewilligung anmeldete, erklärte Herbst diesem beizutreten, da er entschieden Gegner der Bewilligung sei. Das Stimmenverhältniß ist somit 11 gegen 10. Die angesehensten Politiker stimmten gegen den Kredit, wie Herbst, Sturm, Giska, Demel und Groß, ferner Klier, Kuranda, Ritter, Wegscheider und Wolfrum. Dieses Votum ist für den Grafen Andraffy, der aus dem Kredit eine Kabinettsfrage zu machen erklärte, nahezu einem Mißtrauensvotum gleich, wenn gleich der Minderheitsantrag im Plenum keine Aussicht auf Annahme hat, da die Herrenhaus-Mitglieder in der Delegation für die Regierung entscheiden werden. Die maßgebenden Führer der deutschen Verfassungskommission des Reichsraths haben eben, wie obige Namen beweisen, sich gegen die Forderung Andraffy's erklärt.

Wien, 17. März. Erst jetzt ist der Kongreß vollständig gesichert. Es ist ein Kompromiß zu Stande gebracht, wonach England einwilligt, die Vorlage des ganzen Friedensvertrags nicht auf dem Kongreß selbst, sondern auf einer Art Vorkongreß zu fordern, Rußland dagegen sich bereit erklärt, dem Kongreß alle diejenigen Friedenspunkte zu unterbreiten, welche dieser Vorkongreß als zur Kognition des Kongresses gehörend erkennen möchte.

Italien.

Rom, 16. März. Der Papst erlaubte den Bischöfen Italiens, ausnahmslos und unbeschränkt die gesetzlichen Forderungen zu erfüllen, um die Anerkennung der Regierung oder des Königs, wo diesem das Patronat zusteht, zu erhalten. Es steht eine sehr große Verminderung der päpstlichen Orden und Dekorationen bevor. — Die Ministerkrisis dauert fort, da die Uneinigkeit und Intriguen der Parteien jeden Versuch der Kabinettsbildung vereiteln. Casareto weigert sich, die Finanzen zu übernehmen, desgleichen Luzzati, der Staatsökonom der Moderati. Cairoli's Versuch droht zu scheitern.

Frankreich.

Aus Paris, 13. März, geht der „Polit. Korresp.“ von ihrem diplomatischen Korrespondenten ein hochinteressantes Schreiben über die Theilnahme Frankreichs am Kongreß und seine Stellung zu den schwebenden Fragen, sowie über die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, zu. Dasselbe lautet:

Es wäre sinnlos, es längern zu wollen, daß die französische Regierung gegenüber der Eventualität des Kongresses oder der Konferenz, anfänglich etwas betroffen, einige Zögerung an den Tag gelegt und einige Besorgnisse gehabt habe. Sie befürchtete einen europäischen Aropeg ohne definitives und begrenztes Programm zusammenzutreten zu sehen, welcher, die Form eines wahrhaften Kongresses annehmend, versucht sein könnte, in sonderbarer Weise eine neue Ordnung der Dinge in Europa zu begründen, wie dies beispielsweise der Wiener Kongreß gethan, und sich nicht bloß auf die Regelung der Konsequenzen des russisch-türkischen Krieges zu beschränken. Die französische Regierung besorgte an'änglich durch ihre Theilnahme zur Sanktionirung von Dingen berufen zu sein, die ohne ihr Zutun geschehen sind und sich eines Tags gegen sie kehren könnten. Sie besorgte auch andere als auf den letzten Krieg bezügliche Fragen aufzuheben. Aus diesem Grunde hat sich die französische Regierung, als sie prinzipiell den Beschluß ihrer Theilnahme an dem Kongreß faßte, gleich anfänglich angelegen sein lassen, sich volle Gewissheit über die ihre Befürchtungen erweckenden Punkte zu verschaffen und ihre Theilnahme von gewissen Bedingungen abhängig zu machen. Als gewiß ist zu betrachten, daß der Gedanke, sich gänzlich dem Kongreß fern zu halten, der französischen Regierung niemals gekommen ist. Der Gedanke der Enthaltung ist eine zeitlang von Gambetta und seinen Freunden vertreten worden; aber selbst er hat ihn schließlich sich aufgegeben. Der betreffende Gedanke ist in demselben Augenblicke ganz unzulässig und unzulässig geworden, in welchem man übereingekommen ist, daß der Kongreß in Berlin unter dem Vorherrsche des Fürsten Bismarck stattfinden werde. Wenn Frankreich es ablehnen würde, nach Berlin zu kommen, würde diese Weigerung unverweilt als Anzeichen einer beharrlichen Feindseligkeit gegenüber von Deutschland, als ein sicheres Symptom von Revanche-Hintergedanken ausgelegt werden. Der dominirende Gedanke des Kabinetts Dufaure-Waddington ist aber im Gegentheil die Herstellung möglichst freundschaftlicher Beziehungen zu Deutschland. Nachdem Berlin als Sitz des Kongresses einmal bestimmt war, ist die Theilnahme Frankreichs an demselben eo ipso gewiß und unerlässlich geworden, und die französische Regierung hat sich von nun an nur darauf beschränkt, sich für ihre Stellung die notwendigen Sicherheiten zu verschaffen. Sie hat zunächst verlangt, daß die Aufgabe des Kongresses streng auf die Regelung der Konsequenzen des russisch-türkischen Krieges beschränkt werde. Weiter hat sie den Wunsch ausgedrückt, daß selbst in der Sphäre der orientalischen Angelegenheiten bei der gegenwärtigen Lage drei Punkte nicht berührt werden. Diese Punkte sind: Egypten, Tunis und Syrien. Die französische Regierung hat sich in dieser Beziehung mit England ganz verständigt; sie hat die Zustimmung des Londoner Kabinetts an die Befestigung Egyptens durchaus nicht dente. Die Uebereinstimmung der Anschauungen zwischen den beiden Regierungen ist eine vollständige und wird sich auf dem Kongreß offenbaren. Oesterreich-Ungarn hat bereits seine volle Zustimmung zu den Wünschen und Bedingungen Frankreichs ausgedrückt. Wenn auch noch nicht behauptet werden kann, daß auch die andern Mächte bereits formell ihre Zustimmung erklärt haben, so betrachtet man doch am Dnai b'Crtaq dieselbe als sicher. Hr. Waddington ist entschlossen selbst und begleitet von den hervorragendsten Beamten seines Ministeriums nach Berlin zu gehen und mit dem Grafen de Saint-Baller an den Kongreßberatungen theilzunehmen. Die beiden Vertreter Frankreichs werden aufrichtig daran arbeiten, eine Verständigung, ein Kompromiß zwischen Rußlands einerseits und England und Oesterreich andererseits herbeizuführen. Sie werden den Fürsten Bismarck bei jener Vermittelungsaktion, bei jenem ehrlichen „Mattergespräch“ unterstützen, welches der deutsche Reichskanzler in seiner Rede vom 19. Februar als seine Aufgabe bezeichnet hat. Ohne Besorgnis, von den Ereignissen dementirt zu werden, darf jedoch behauptet werden, daß Frankreich schwerlich seine Hand bieten und seine Sanktion geben dürfte, wenn auf dem Kongreß Theilungsprojekte, radikale Gebietsänderungen anstehen sollten. In einem solchen Falle wird Frankreich es unabweislich vorziehen, sich zu enthalten, um nicht der Zukunft vorzugreifen. Selbst wenn bei der Theilung Frankreich ein Theil angeboten würde, wird es nicht zögern, denselben abzulehnen und jede Komplikation zurückzuweisen. — Man begegnet nicht selten in den Journalen der Provinz, daß die Theilnahme Frankreichs an der Pariser Welt-Ausstellung der vom Berliner Kabinet Frankreich angebotene Preis für dessen Einwilligung sei, zum Kongreß nach Berlin zu kommen. Es darf versichert werden, daß zwischen diesen beiden Angelegenheiten nicht der geringste Zusammenhang besteht. Der Gedanke, irgend eine Theilnahme Deutschlands an der Ausstellung zu erlangen, ist zwischen Hrn. Waddington und Graf de Saint-Baller im Augenblicke des Abgangs dieses Letzteren nach Berlin erfolgt und erörtert worden. Als bald nachdem der französische Botschafter den Fürsten Bismarck sehen konnte, hat er ihm diesen Gedanken mit der Bemerkung vorgebracht: daß dies das beste Mittel wäre, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern vor Europa zu dokumentiren, daß ein solcher Entschluß Deutschlands den günstigsten Eindruck in Frankreich machen und für die Verständigung der beiden Länder unendlich werthvoller sein würde, als der mündliche oder schriftliche Austausch der freundschaftlichsten Versicherungen. Fürst Bismarck hat den Gedanken günstig aufgenommen und dem Grafen de Saint-Baller versprochen, unverzüglich seinem Monarchen darüber zu berichten. Die Annahme, welche diese Anregung bei Kaiser Wilhelm fand, war die allergnädigste, und Sr. Majestät hat Gewicht darauf gelegt, persönlich dem Botschafter Frankreichs auf einem Hofballe die Entschlieung betreffend die Theilnahme der deutschen Kunst an der Pariser Ausstellung zu eröffnen. Als eine neue und bezeichnende Thatfache darf hinzugefügt werden, daß die persönlichen Beziehungen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen de Saint-Baller eben so häufig als herzlich sind; ein bezeichnender Gegenstand zu der Epoche, in welcher Hr. de Gontaut-Biron den Fürsten Bismarck volle zwei Jahre nicht zu Gesicht bekommen hat. — Die Erhebung des Baron Baude in Vatikan, des Grafen Chaudordy in Madrid und des Grafen Bernard d'Harcourt in Bern wird als unmittelbar bevorstehend betrachtet.

Paris, 17. März. Die „Commune“ des Hrn. Felix Pyat hat heute ihre zweite Nummer ausgegeben. Dieselbe enthält die pöbelhaftesten Angriffe gegen Gambetta und seine Freunde und eine Apologie des Communeaufstandes vom 18. März 1871, dessen Jahrestag morgen wiederkehrt. Ein anderes radikales Blatt, der „Reveil“, Organ des Hrn. Henri Rochefort, sieht sich auf die Fluth von gerichtlichen Verurtheilungen, die sich über ihn ergossen hat,

genöthigt, seinen Titel zu verändern, und heißt von morgen ab „La Marseillaise“.

Einer der gravirtesten Mitschubigen der Commune, der von dem Kriegsgerichte in contumaciam zum Tode verurtheilte Bildhauer Audouy, ist dieser Tage in Roncel-sur-Seille verhaftet worden.

Der „Bien public“ ist in der Lage, den Wortlaut der Adresse mitzutheilen, welche eine gewisse Anzahl von Jünglingen der Militärschule von Saint-Cyr an den Papst zu richten auf dem Punkte stand. Dieses Schriftstück lautet:

Heiliger Vater! In dem Augenblicke, da Eure Heiligkeit zu dem obersten Pontifikat erhoben worden sind, beileben wir uns, Ihnen die Huldigung unserer kindlichen Anhänglichkeit und die Versicherung unserer absoluten Unterwürfigkeit unter Ihre unfehlbaren Lehren zu Füßen zu legen. Unsere Liebe zu Frankreich, dessen Dienste wir unser Leben weihen, ist unzertrennlich von unserer Liebe zur heiligen Kirche. Die Soldaten Frankreichs, sind wir auch die Soldaten Christi im Kampfe gegen die Revolution, und unsere religiösen Gefühle sind mit unserem Patriotismus eng verknüpft. Demüthig vor Em. Heiligkeit im Stände liegend, bitten wir Sie, heiliger Vater, um Ihren Segen für uns, für unsere Familien, für die Militärschule von Saint-Cyr und für die französische Armee, welche in Zukunft — dies ist wenigstens unsere innigste Hoffnung — der rechte Arm der ältesten Tochter der Kirche sein wird.

Großbritannien.

* London, 16. März. Die Königin mit sammt dem königlichen Hofstaat wird am Dienstag nach London kommen und bis zum Schluß der künftigen Woche im Buckingham Palast residiren.

Alle diejenigen Ingenieur-offiziere, welche in erster Reihe für auswärtigen Dienst vorgemerkt sind, haben den Befehl erhalten, sich Felbausrüstung zu beschaffen und für sofortige Dienstleistung bereit zu halten. — Es wird beabsichtigt, im Falle eines europäischen Krieges Freiwilligenbataillone für den aktiven Dienst zu organisiren.

Ein großer Theil des der Regierung für militärische Zwecke bewilligten Kredits von sechs Millionen Pf. St. ist zur Vertheilung des Reserve-Verlagerungstrains verwendet worden und diese kann jetzt nahezu als vollendet betrachtet werden. An Geschossen hiefür sind 40,000 Stück in jüngster Zeit hergestellt worden. — Wie verlautet, hat die Admiralität noch ein ferneres Panzerschiff, und zwar ein für die japanische Regierung auf einem der Themsewerfte gebautes entweder schon angekauft, oder steht doch im Begriffe, es anzukaufen.

Die Lage des Orients hat sich, wie die heutige „Times“, an der Spitze des Blattes anführt, während der vergangenen Woche nicht verbessert und auch die heutigen Nachrichten verschaffen nicht die Besorgnisse. Sende Rußland den mit der Türkei geschlossenen Friedensvertrag sofort nach Sankt Petersburg ein, veröffentlichte ihn gleichzeitig in St. Petersburg, um so zu erweisen, daß die russische Regierung „keinen Grund habe, irgend etwas geheim zu halten“, so sei wenigstens ein gefährliches Element entfernt, das des Scheiterns nämlich, von dem die russischen Verhandlungen seit dem Waffenstillstands-Vorschlage umhüllt gewesen seien. Kaum habe Rußland mehr thun können, als es gethan, um Europa zu beruhigen und in Großbritannien Verdacht zu erregen. Die bloße Veröffentlichung der Bedingungen aber — so meint „Times“ weiter — sei noch nicht das, was die britische Regierung unter Vorlegung derselben zur Genehmigung des Kongresses verheißt. Rußland müsse vorher die Kompetenz des Kongresses über Entscheidung betreffs der Paragrafen sammt und sonders ansprechen. Dieses sei es, was noch gestern im Unterhause der Schatzkanzler als die britische Forderung hingestellt habe.

Dann frage sich noch, fährt „Times“ fort, wie sich Rußland Griechenland gegenüberstellen beabsichtige. Begreiflich sei zwar, daß die Griechen den englischen Vorschlag mit Freuden willkommen heißen, jede Einschränkung seitens Rußlands als Mißachtung deuten würden. Rußland werde möglicher Weise nur Serbien, Rumänien, vielleicht sogar schon Bulgarien dieselben Rechte verschaffen wollen. Jedenfalls sei nicht zu vergessen, daß der britische Vorschlag etwas ganz Neues bringe und Rußland nicht sofort sein letztes Wort gesagt zu haben brauche. Bei alledem erleichtere Rußlands fähige Haltung gegen die Hellenen die Sache nicht, eben so wenig haben es die unfraglich in der Nähe von Konstantinopel vor sich gehenden militärischen Bewegungen der Russen. Zu alledem kommen noch aus St. Petersburg Berichte, daß nach Ansicht einflußreicher Persönlichkeiten der Kongreß durchaus noch nicht gewiß, ein Erfolg desselben kein glücklicher sein werde. Rußland selbst möge nun beruhigen.

Nach diesen Betrachtungen freut sich „Times“, daß das britische Ministerium allezeitige Unterstützung bei Wahrung der Landesinteressen zu finden scheine mit alleiniger Ausnahme einiger Mitglieder der Regierungspartei, die, wie die Donnerstags-Debatte im Unterhause gezeigt habe, über die Politik des Kabinetts Klage führten und den britischen Bevollmächtigten Lord Lyons zu diskreditiren suchten.

Rumänien.

Bukarest, 15. März. (Allg. Z.) Die Pforte hat an die hiesige Regierung die telegraphische Anzeige gelangen lassen, daß sie mit Rußland die erforderlichen Vereinbarungen zum Schutze der mohammedanischen Bevölkerung in Bulgarien getroffen. Auf Grund dieser Anzeige ist die Zurückziehung sämtlicher rumänischen Truppen aus Bulgarien auf das linke Donauufer angeordnet worden. Fürst Karl hat den Gefangenen Ehem Pascha und Sadik Pascha ihre Degen zurückstellen und sie unter Anerkennung ihrer würdigen Haltung in der Gefangenschaft in Freiheit setzen lassen.

Türkei.

Dem Wiener „Fremdenblatt“ wird vom 13. d. aus Alexandria telegraphirt: Wie Depeschen aus Syrien melden, hat die Aufregung, die jetzt dort herrscht, in Beyrut ihren Anfang genommen und wurde durch die aus Konstantinopel ausgewiesenen syrischen Parlamentsdeputirten hervorgerufen. Dazu kam noch das Gerücht, die Pforte wolle, um die Kriegskontribution aufzubringen, die Steuern um ein Drittel erhöhen. In vielen Moscheen der Stadt wurde nun diesen Freitag die Bevölkerung von der Kanzel herab aufgefordert, sich mit Egypten zu vereinigen und den Khebidie zum Khalifen auszurufen. Zugleich wurden egypti-

